2015.SR.000148 (15/371)

Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP, GLP, GFL/EVP, BDP/CVP (Leena Schmitter, GB/Seraina Patzen, JA!/Lena Sorg, SP/Patrick Zillig, GLP/Patrik Wyss, GFL/ Kurt Hirsbrunner, BDP/Luzius Theiler, GPB-DA/Christa Ammann, AL/Daniel Egloff, PdA): Beitritt Berns zur Übereinkunft „Rainbow Cities Network“

Das „Rainbow Cities Network“ ist ein Zusammenschluss europäischer Städte mit dem Ziel, auf lokaler Ebene die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und/oder Geschlechtsidentität zu bekämpfen. Dazu gehört, die Anliegen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Intersex- und Trans-Menschen sichtbar zu machen und in der lokalen Politik zu berücksichtigen, gleichen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen zu gewährleisten und sich allgemein in der Bevölkerung für ein Klima des Respekts einzusetzen. Dem Netzwerk gehören bis heute 19 Städte aus ganz Europa an, darunter auch Genf und Zürich.
Mit einem Beitritt zum Netzwerk setzt die Stadt Bern nicht nur ein Zeichen, dass sie ihre Arbeit gegen die Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Intersexuellen und Trans-Menschen (englisch LGBTI) weiter verstärkt, sondern sie beteiligt sich auch aktiv daran, die Anliegen der LGBTI-Bevölkerung systematisch in ihre kommunale Politik zu integrieren sowie alljährlich im Netzwerk über ihre Aktivitäten Bericht zu erstatten. Zudem können in einem internationalen Zusammenschluss die beteiligten Städte bezüglich Projekte und Erfahrungen voneinander lernen.
Wir bitten den Gemeinderat deshalb, die Übereinkunft „Rainbow Cities Network“ zu unterzeichnen.

Begründung der Dringlichkeit
In Genf wird im November dieses Jahres das nächste Jahrestreffen stattfinden, die Stadt Zürich ist Gastgeberin des Vorbereitungstreffens im September 2015. Die Stadt Bern sollte die einmalige Möglichkeit nutzen, sich früh in die Planung des internationalen Treffens in der Schweiz zu beteiligen. Der formelle Aufwand für einen Beitritt ist minim und das Netzwerk und die sich daraus ergebenden Synergien fördern die Umsetzung des interfraktionellen Postulates „Für die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von homo-, bi-, trans- und intersexuellen Menschen in allen Lebensbereichen und in der Stadtverwaltung Bern!“ (2014.SR.000140), das der Gemeinderat im Oktober 2014 zur Überweisung empfahl.
Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 21. Mai 2015
Erstunterzeichnende: Leena Schmitter, Seraina Patzen, Lena Sorg, Patrick Zillig, Patrik Wyss, Kurt Hirsbrunner, Christa Ammann, Luzius Theiler, Daniel Egloff
Mitunterzeichnende: Tania Espinoza Haller, Stéphanie Penher, Katharina Gallizzi, Regula Tschanz, Regula Bühlmann, Peter Erni, Dannie Jost, Lionel Gaudy, Philip Kohli, Martin Schneider, Claudio Fischer, Franziska Grossenbacher, Michael Sutter, Ingrid Kissling-Näf, Benno Frauchiger, David Stampfli, Lukas Meier, Stefan Jordi, Peter Marbet, Annette Lehmann, Rithy Chheng, Johannes Wartenweiler, Bettina Stüssi, Marieke Kruit, Halua Pinto de Magalhães, Katharina Altas, Nadja Kehrli-Feldmann, Yasemin Cevik, Marco Pfister, Thomas Göttin, Manuel C. Widmer, Daniela Lutz-Beck, Lukas Gutzwiller, Matthias Stürmer, Daniel Klauser, Hans Kupferschmid, Michael Daphinoff, Isabelle Heer, Peter Ammann, Martin Mäder, Claude Grosjean

Antwort des Gemeinderats

Das „Rainbow Cities Network“ ist ein Zusammenschluss europäischer Städte mit dem Ziel, auf lokaler Ebene die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und/oder Geschlechtsidentität zu bekämpfen. Das Netzwerk wurde 2013 in den Niederlanden gegründet. Ein wichtiger Eckpfeiler des Netzwerks ist die Zusammenarbeit unter den beteiligten Städten. Im Mittelpunkt steht der Austausch von Know-how und Erfahrungen, um gegenseitig voneinander profitieren zu können. Bis heute haben sich neunzehn Städte dem Netzwerk angeschlossen, u.a. Amsterdam, Den Haag, Berlin, Hamburg, Köln, Bergen, Ljubljana, Turin, Madrid, Wien. Aus der Schweiz sind bisher Genf und seit Frühjahr 2015 Zürich Mitglied des Netzwerks „Rainbow Cities“.

Der Gemeinderat stimmt mit den Motionärinnen und Motionären überein, dass die Stadt Bern mit einem Beitritt zum „Rainbow Cities Network“ ein Zeichen setzen könnte, dass sie ihre Arbeit gegen die Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Intersexuellen und Trans-Menschen (englisch LGBTI) weiter verstärkt. Der Gemeinderat würde daher einen Beitritt zum „Rainbow Cities Network“ sehr begrüssen.

Entgegen der Einschätzung der Motionärinnen und Motionäre, dass der formelle Aufwand für einen Beitritt zum Netzwerk minim sei, sind allerdings die Voraussetzungen für eine Unterzeichnung der Übereinkunft des „Rainbow Cities Network“ (Memorandum of Understanding) in der Stadt Bern aktuell noch nicht gegeben. In der zu unterzeichnenden Übereinkunft verpflichten sich die „Regenbogenstädte“ dazu, eine aktive LGBTI-Politik zu betreiben bzw. LGBTI-Themen in ihre allgemeine kommunale Politik einzugliedern, eine verantwortliche Vertreterin bzw. einen verantwortlichen Vertreter der kommunalen Verwaltung zu benennen, die bzw. der aktiv im Netzwerk mitwirkt und an den Jahresversammlungen teilnimmt sowie sich aktiv am Austausch innerhalb des Netzwerks zu beteiligen, indem alljährlich über ihre Massnahmen bezüglich der LGBTI-Politik rapportiert wird. Über die Aufnahme ins „Rainbow Cities Network“ entscheidet das Plenum der vertretenen Städte.

LGBTI-Themen werden aktuell in der Stadt Bern noch kaum gefördert und sind nirgends institutionell eingegliedert. Das vom Gemeinderat zur Annahme empfohlene Interfraktionelle Postulat GB/JA!, SP, GLP (Leena Schmitter, GB/Seraina Patzen, JA!/Lena Sorg, SP/Lilian Tobler, GLP/ Janine Wiki, GFL/Rolf Zbinden, PdA/Luzius Theiler, GPB-DA/Christa Ammann, AL) vom 8. Mai 2014: „Für die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von homo-, bi-, trans- und intersexuellen Menschen in allen Lebensbereichen und in der Stadtverwaltung Bern!“ (2014.SR.000140) wurde im Stadtrat noch nicht behandelt. Auch ist die Diskussion der Motion Fraktion SP (Lena Sorg/ Yasemin Cevik) vom 2. Juli 2015: „Vier Wochen Vaterschaftsurlaub und Elternurlaub für gleichgeschlechtliche Paare“ (2015.SR.000180) noch nicht erfolgt.

Zudem müsste eine Stelle bezeichnet werden, welche mit der Arbeit gegen die Diskriminierung von LGBTI-Menschen und der Mitwirkung im „Rainbow Cities Network“ beauftragt wird. Nach Ansicht des Gemeinderats ist analog der Stadt Zürich die Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann mit der Bearbeitung der LGBTI-Themen zu beauftragen und der bestehende Gleichstellungsauftrag explizit auf Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung auszudehnen.

Folgen für das Personal und die Finanzen:
Die Vorarbeiten zum Beitritt zum „Rainbow Cities Network“ sowie die mit dem Beitritt einhergehenden Verpflichtungen und Aktivitäten können nicht mit den bestehenden personellen und finanziellen Ressourcen der Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann aufgefangen werden. Für die Bewältigung der neuen Aufgabe wird, gestützt auf einen Vergleich mit anderen Städten, mit Personalaufwand im Umfang von 80 Stellenprozenten sowie zusätzlichen Projekt- und Infrastrukturmitteln gerechnet.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion erheblich zu erklären.

Bern, 11. November 2015

Der Gemeinderat